
Presseinformation Nr. 1309

07. November 2006

OTTO/WAITZ:
Große Koalition zieht bei Stasi-Unterlagen-Gesetz
Notbremse

BERLIN. Zu den Meldungen, die Große Koalition vertage die Beratungen zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetz, um die bisherigen Pläne grundlegend zu überarbeiten, erklären die Kulturpolitiker der FDP-Bundestagsfraktion Hans-Joachim OTTO und Christoph WAITZ:

Die Vertagung der Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes wird von uns ausdrücklich begrüßt. Offenbar haben jetzt endlich auch die Koalitionsfraktionen erkannt, dass es angesichts der aktuellen Versuche, das Stasiunrecht zu bagatellisieren, unverantwortlich wäre, die Regelüberprüfung in weitem Umfang ab dem kommenden Jahr zu beenden. Ein unbefristetes Vorhalte- und Verwertungsverbot einer früheren Tätigkeit für die Stasi wäre ein fatales Signal gewesen. Die Überlegung bei den Koalitionsfraktionen, die Stasi-Regelüberprüfung für zunächst 5 Jahre unverändert fortzuführen, zielt in die richtige Richtung.

Die Kurskorrektur der Koalitionsfraktionen eröffnet die Chance, zu dem seit der Wiedervereinigung von allen demokratischen Parteien praktizierten Konsens in Fragen der Aufarbeitung der SED-Diktatur und namentlich der Stasi-Unterlagen zurückzukehren.

Verantwortlich:
DR. CHRISTOPH
STEEGMANS

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de